



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 15/2022

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- e) dbb Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer

Mainz, 09.06.2022
he/--

Bearbeitungszeiten im Beihilfedezernat des Landesamtes für Finanzen (LfF)

dbb rheinland-pfalz: Forderung nach dauerhaft mehr Stellen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit einem Schreiben vom 08. Juni 21022 hat der dbb rheinland-pfalz Finanzministerin Doris Ahnen aufgefordert, dringend dauerhaft mehr Stellen im Stellenplan des LfF/Beihilfedezernat zu schaffen.

Bei uns und unseren Mitgliedsorganisationen mehren sich Stimmen ungehaltener Einzelmitglieder unter den Beihilfeberechtigten, die zusammen mit uns feststellen müssen, dass die im Internet ausgewiesene durchschnittliche Bearbeitungszeit beim LfF für Beihilfeanträge sprunghaft angestiegen ist und seit vielen Wochen auf einem zu hohen Niveau bleibt.

Faktisch bedeutet der aktuell ausgewiesene Wert von 24 Arbeitstagen eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von über einem Monat.

Das bedeutet wiederum insbesondere bei höheren Antragssummen für Beihilfeberechtigte eine entsprechend lange Wartezeit auf beihilfegestützte Refinanzierung ihrer Aufwendungen im Krankheitsfall oder – anders gesagt – eine entsprechend lange Laufzeit eines zinslosen Darlehens zugunsten des Dienstherrn.

Zwar werden dem Vernehmen nach Beihilfenanträge mit Beihilfevolumen ab 5.000 EUR priorisiert bearbeitet, aber auch deutlich darunter liegende Summen können insbesondere für Angehörige der zweiten und dritten Einstiegsamtsebene bei üblicher Lebensführung und normalem Finanzverhalten wirtschaftlich sehr schwer zu schultern sein, wenn sie nur langsam erstattet werden – besonders in Zeiten der Inflation.

Gerade junge Familien sind überdies besonders betroffen aufgrund des erhöhten Beihilfesatzes für die Kinder. Bis zur Erstattung der Kosten bleiben mitunter andere notwendige Ausgaben zu lange auf der Strecke oder Gebühren für Kontoüberziehung fallen an.

Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Beihilfendezernat unter den aktuellen Maßgaben in Auslastung ein vergleichsweise hohes individuelles Pensum schaffen mit höchstem persönlichen Einsatz.

Die damit einhergehenden Belastungen dürfen allerdings ebenso wenig zum Dauerzustand werden, wie – aus Antragstellersicht – die anhaltende Steigerung bei den Bearbeitungstagen und das Anwachsen der Zahl unerledigter Anträge.

Überlastung des Personals mit ungünstiger Altersstruktur führt zu höherem Krankenstand. Interne Personalverschiebungen belasten abgebende Bereiche, aber auch den aufnehmenden, einarbeitungspflichtigen Bereich.

Deshalb sehen wir neben kurzfristig wirkenden Organisationsmaßnahmen die Schaffung dauerhafter zusätzlicher Stellen als dringend notwendige, wenn auch nur mittelfristig wirksam werdende, dann aber dauerhafte Lösung an.

Über eventuelle Reaktionen aus dem Ministerium werden wir wie üblich berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Lilli Lenz
Landesvorsitzende